

Sinnstiftender Umbruch

bergsicht



KAPITEL 1

Apokalyptisches Potenzial

Die Welt driftet auseinander. Was bisher lediglich als Gedankenexperiment zur Analyse der Lage von Weltpolitik und Weltwirtschaft Verwendung fand und, je nach persönlichen Vorlieben und Gläubigkeiten, auf Zustimmung oder Ablehnung stiess, erhält nun empirische Bestätigung. Bis vor ganz kurzer Zeit wäre es völlig unstatthaft gewesen, über etwas Anderes als integrative Schritte, einbeziehende statt ausschliessende Massnahmen, öffnende statt abgrenzende Regelmechanismen auf der Welt nachzudenken, geschweige denn, anderes in die Tat umsetzen zu wollen. Risikoreduktion mittels Interaktion, das war das Dogma des Globalisierungszeitalters. Abschottung liess man allerhöchstens sogenannten «Schurkenstaaten» angedeihen, für den Rest der Welt setzte man auf ein Miteinander – wohlverstanden unter Verfolgung mitunter happiger Eigeninteressen, wenn man zum Beispiel an die grossen Investitionsprojekte amerikanischer, britischer und französischer Erdölgiganten in Russland denkt.

Fakt ist nun aber, dass wir seit einigen Monaten in Europa einen Konflikt miterleben, bei dem die eine Seite unter Anwendung von subversiven Taktiken und halbwegs verdeckter Kriegsführung territoriale Expansion betreibt, während die andere Seite – nicht weniger

von territorialem Aneignungswillen getrieben – wirtschaftliche Sanktionen als Waffe zum Einsatz bringt. Die Vorstufe zum Krieg ist längst und deutlich überschritten. Krieg. In Europa. Zwischen West und Ost. Wer hätte nach 1989 an diese Möglichkeit gedacht?

Das Problem besteht darin, dass auf beiden Seiten *Atomkräfte* involviert sind und die Angelegenheit somit *äusserst gefährlich* ist. Wer den Kalten Krieg nicht mehr miterlebt hat, kann möglicherweise nicht richtig ermessen, wie gross und ernsthaft die Gefährdung ist. Zwischen 1960 und 1989 ging die Welt mehrere Male haarscharf an einer Selbsterstörung vorbei. So ist es der Befehlsverweigerung eines untergeordneten diensthabenden russischen Offiziers im Jahr 1983 zu verdanken, dass es uns überhaupt noch gibt. Damals hatten nämlich die Vereinigten Staaten an ihrem strategischen Arsenal Massnahmen getroffen, die eigentlich einen sowjetischen Erstschlag hätten auslösen müssen. Stanislaw Petrow aber drückte den Knopf nicht.

So «schurkenhaft» (was immer das auch heissen mag, wenn man eigenes Handeln «at arms' length» beurteilen würde...) man die Vorgehensweise des russischen Präsidenten Putin in Bezug auf die Krim und die Ostukraine auch einstufen mag – das Faktum, dass man es mit einer zwar etwas angeschlagenen, wirtschaftlich ein wenig hinkenden, aber insgesamt doch ausgewachsenen Weltmacht zu tun hat, müsste im Westen vorab de-eskalierende Reflexe auslösen. Dass beispielsweise widersprüchliches Verhalten des ukrainischen Präsidenten Poroschenko ignoriert oder höchstens mit Achselzucken quittiert wird, wirft Fragen auf. Fehlt es am Durchsetzungsvermögen? Oder gibt es unter Umständen auch Kräfte, die eine De-Eskalation gar nicht wollen? Oder mangelt es dem Westen an historischem Verständnis, dass die Auflösung des Sowjetimperiums nach 1989 auch noch die eine

Aktivismus hat seinen Preis

oder andere Bereinigungspondenz nach sich ziehen könnte? Es ist bekannt, dass sich seit Chruschtschew, der bis 1964 in Moskau an der Macht war, das nukleartechnologische Wissen auf die Ostukraine konzentriert. Es gibt mithin auch rationale Gründe für Putins Handeln. Dies als wertfreie Feststellung, nicht als Entschuldigung, falls dieser Begriff in diesem Kontext überhaupt Bedeutung hätte.

Vielleicht etwas pauschal formuliert: Es fehlt an Verständnis, es fehlt an Know-how im Umgang mit objektiv echt gefährlichen Situationen im internationalen Kontext. Einzig Angela Merkel, die Pfarrerstochter aus der ehemaligen DDR, scheint ihre Rolle zu beherrschen; trotz Ferienzeit spannt sie ihre Fäden zu Putin und Poroschenko gleichermaßen weiter. UNO, OSZE und andere mögliche Plattformen zur Konfliktbewältigung blieben dagegen bislang weitgehend unbenutzt oder wirkungslos. Ohne handfeste Beweise, wer nun wirklich für den tragischen Abschuss des Linienflugzeugs der Malaysia Airlines verantwortlich war, wurde kurzerhand zur Tat geschritten und das westliche Sanktionenregime verschärft. Kaum jemand wagte die skeptische Frage zu stellen, ob es in Zeiten der allumfassenden Fälschbarkeit von «Fakten» durch Geheimdienste so etwas wie handfeste Beweise überhaupt geben kann und ob es insofern überhaupt vertretbar ist, darauf basierend einen Wirtschaftskrieg mit Aussicht auf eine weitere Eskalation zu entfesseln. Eigentlich müsste man seit den angeblichen Atomraketen Saddam Husseins argwöhnischer sein. Bei *bergsicht* halten wir uns daran: Wir glauben nichts. Wir trauen allen alles zu (*bergsicht* Ausgabe 1, S. 8).

Nicht nur aus numerischen Gründen liegt der Vergleich der heutigen Lage mit der Situation von 1914 nahe, als «Schlafwandler» (Christopher Clark, 2013) die komplexen zivilen und militärischen Governance-Strukturen europäischer Mächte beherrschten. Sie alle meinten, das Richtige zu tun beziehungsweise das sogenannte «Unvermeidliche» auslösen zu müssen und stürzten auf diese Weise den Kontinent in eine Jahrzehnte dauernde Katastrophe. Was macht den heutigen Schlafwandel aus? Die von uns (*bergsicht* Ausgabe 6) als «monistisch» bezeichnete Auffassung, es gebe nur *eine* Welt und mithin nur *ein* globales Interesse, das (unter gnädiger Oberleitung der USA) gegen einzelne Störfaktoren («Schurken») wie radikale Muslime oder machtbesessene Nordkoreaner verteidigt werden muss, aber dem kein anderes, möglicherweise ebenso ernsthaftes und mit Macht untermauertes Interesse gegenübersteht. Nach 1989 war diese Auffassung vielleicht einmal richtig; heute stimmt sie angesichts des Aufstiegs Chinas und der von Putin zum Ausdruck gebrachten territorialen Ansprüche ganz sicher nicht mehr. Folglich taugen auch die Rezepte zur Konfliktbewältigung nicht mehr. 2014 geht es nicht um den Umgang mit «Schurken», sondern um die Konfrontation mehr oder minder *gleichwertiger Gegner*. Die Welt driftet auseinander, das ist das Problem.

Die politische Seite der Auseinandersetzung um die Ukraine und der nicht eben ermutigende Verlauf der bisherigen Konfliktbewältigung ist allerdings nur ein Aspekt, ein anderer mit möglicherweise ebenso grosser Tragweite ist der wirtschaftliche. Denn das beobachtbare Auseinanderdriften trifft auf eine Wirtschaft, welche stark auf die globale Integration gesetzt hat. Wer in den letzten zehn, fünfzehn Jahren über «Länderrisiken» sprach, dachte entweder an unterschiedliche Verläufe der wirtschaftlichen Entwicklung oder meinte damit in erster Linie Rechtsrisiken, das heisst Differenzen in Gesetzgebung und Regulierung, unterschiedliche Dynamiken im regulatorischen Bereich, allenfalls auch noch Risiken bezüglich Korruption. Aber Wegnahme, Zerstörung, Lebensgefahr, Krieg? Weit davon entfernt! Und das war (und wäre) eigentlich auch gut so. Denn so lange die Welt sich austauscht, bekriegt sie sich nicht gegenseitig, so der Glaube und die Hoffnung. Aber auch *Weltwirtschaft* ist leider keine geschützte Werkstatt, sondern ist Gegenstand übergeordneter weltpolitischer und *zeitgeistlicher Entwicklungen*. Die bisher bereits erfolgte wirtschaftliche Integration auf dem Globus war offenbar nicht hinreichend, die Politiker vom blossen Machtstreben abzuhalten und die Welt auseinanderdriften zu lassen.

Es gilt mit anderen Worten, Abschied zu nehmen von der wohligen, aber illusionären Sichtweise, die Geschichte sei mit 1989 zu einem Ende gekommen (Francis Fukuyama, 1992). Spätestens seit Beginn 2014 hat sie sich zurückgemeldet. Es lohnt sich, einen Blick auf ein paar Zahlen zu werfen, um ermessen zu können, welchen *Preis* eine *mangelhafte Konfliktbewältigung* beispielsweise im Ukraine-Konflikt nach sich ziehen könnte, was mithin auf dem Spiel steht. Sanktionen gegen Russland beziehungsweise eine Einschränkung oder Unterbindung von Erdgaslieferungen durch die Russen bringen zwar die Weltwirtschaft nicht ins Wanken, aber bedeutungslos sind sie keinesfalls. Russland ist mit knapp 530 Mrd. US Dollar die achtwichtigste Exportnation der Welt. An erster Stelle russischer Exporte stehen die Niederlande (14,6 %) – von wo ein Grossteil, in der Hauptsache wohl Erdgas und Erdöl, wieder re-exportiert wird – gefolgt von China und Deutschland (je 6,8 %). Auf Russlands Importseite steht Deutschland nach China mit 12,2 Prozent auf Platz zwei. An den Gesamtexporten der EU nach Russland – 2010 rund 86 Mrd. US Dollar, 2012 noch 42 Mrd. – hat Deutschland einen Anteil von rund 30 Prozent. Zur Hauptsache sind dies Maschinen und Fahrzeuge (60 %) sowie Chemie- und Industriegüter. Die Dynamik ist stark rückläufig; gemäss «Finanz und Wirtschaft» (vom 3. 8. 2014, S. 19) verzeichnete *Deutschland* seit Sommer 2013 eine *Exporteinbusse* von immerhin fast 14 Prozent. Der Konflikt hat also bereits seinen wirtschaftlichen Preis. Besonders exponiert sind jedoch die baltischen Staaten und insbesondere Finnland, deren Aussenhandel stark auf das grosse Nachbarland im Osten ausgerichtet ist.

Im *Finanzbereich* sind es in erster Linie die *Franzosen* und die *Österreicher*, welche sich als Gläubiger russischer Banken Sorgen machen müssen. Gemäss «Economist» macht dies für französische Institute knapp 50 Mrd. US Dollar oder rund 2 Prozent der gesamten Bankaktiva aus, wobei auch noch zu vermerken ist, dass die russische Rosbank zu 82 Prozent im Besitz der Société Générale steht. Bei den österreichischen Banken (Raiffeisen International!) machen russische Guthaben mit 20 Mrd. US Dollar etwa 5 Prozent der gesamten Bankaktiva aus. Eine Blockade – von welcher Seite auch immer verursacht – wäre also hüben und drüben, vorsichtig formuliert, durchaus spürbar.

Interessant ist auch die Verflechtung im *Energiebereich*. So besitzt BP (UK) 20 Prozent am russischen Erdölkonzern Rosneft und ist überhaupt der *grösste ausländische Investor* in Russland. Der französische Konzern Total hat einen Anteil von 18 Prozent am Gasförderer Novatek. Amerikanische Ölfelddienstleister wie Schlumberger, Halliburton und andere sind ebenfalls stark in Russland engagiert; Exxon Mobile geht mit Rosneft ein Joint Venture für das Bohren in der Arktis ein.

Ähnliche Verflechtungen existieren auch im industriellen Sektor. So setzt der deutsche Henkel-Konzern im für ihn viertwichtigsten Absatzland Russland rund 1,3 Mrd. US Dollar pro Jahr um und beschäftigt dort etwa 2'500 Mitarbeiter. In der Ukraine sind es etwa 1'000 Angestellte. Die Herausforderungen für die Konzernleitung sind greifbar. Allein ist Henkel mit solchen Problemen nicht: Von den rund 6'000 deutschen Firmen mit Beteiligungen in Russland haben immerhin deren 3'000 einen Sitz in Moskau.

Das alles geht nicht spurlos an den Finanzmärkten vorbei. Die deutsche Börse (MSCI Germany) verlor seit Juni 2014 rund sechs Prozent in Lokalwährung, währenddem der Weltaktienindex MSCI World in US Dollar die Delle vom Monat Juli fast wieder aufgeholt hat. Die russische Börse (MSCI Russia) ist mit –3,4 Prozent die grosse Unterperformerin des Jahres 2014, zusammen mit dem Kursverlust des Rubels macht dies in US Dollar immerhin –11 Prozent aus. Nun sind Aktienmärkte bekanntermassen multifaktoriell konditioniert. Aber wer meint, der Ukraine-Konflikt gehe folgenlos an den Märkten vorbei, der irrt. Möglicherweise sind die realen Einbussen der Wirtschaft sogar noch ausgeprägter als jene in den durch die Notenbanken verfälschten Finanzmärkten, aber dazu fehlen uns vorderhand die Zahlen.

KAPITEL 3

Kartell mit Rissen

Nun sind die Ukraine und der Konflikt um diesen ostmitteleuropäischen Flächenstaat, vom nuklearen Problem einmal abgesehen, nicht die Welt. Es wäre gewiss etwas vorschnell, vom Speziellen aufs Allgemeine zu schliessen und aus der Unterperformance der rus-

sischen und der deutschen Börse gegenüber den übrigen Märkten den Beginn eines Megatrends abzuleiten. Unsere These, die Welt drifte auseinander, haben wir anhand weiterer verfügbarer Daten zu erhärten versucht. Den theoretischen Hintergrund der These bildet eine politökonomische Überlegung, die besagt, dass *Kartelle* inhärent *instabile Gebilde* sind. Dies deshalb, weil das Kartell von Aussenstehenden angegriffen wird oder für jedes Mitglied, sofern es nicht durch Zwang im Gebilde gehalten werden kann, der natürliche Anreiz besteht, einen Teil der Monopolrendite auf sich zu lenken. Wenn dies geschieht, reduziert sich die Rendite Schritt für Schritt, und die kartellistische nähert sich einer wettbewerblichen Situation an. Soweit der mikroökonomische Kontext.

Beim monetistischen Globalismus handelt es sich zweifelsohne um eine kartellähnliche Struktur der Welt-Governance mit einer militärischen und einer monetären Komponente. Auf der *militärischen Seite* steht der Primat der USA auf den Weltmeeren (und nachgelagert der Schutz bzw. bis zu einem gewissen Grad die Kontrolle des Welthandels), das Alleinstellungsmerkmal, *gleichzeitig* rund um den Erdball *mehrere Interventionen* auslösen zu können, und die weitgehende Durchdringung sämtlicher Datensammlungen und des gesamten Datenverkehrs durch die Geheimdienste. Dank Drohnen wurde diesen auch gleich noch ein Exekutionsinstrument auf unterster taktischer Ebene verliehen.

Die monetäre Seite wird durch die Stellung des US Dollars ausgemacht, der bislang einzigen Welthandelswährung, dank der jede Transaktion zwingend US-Territorium berühren muss und damit dort justizabel oder auch blockierbar ist. Die Vereinigten Staaten wachen peinlich über die Absolutheit ihrer monetären Herrschaft. *Dollar-Clearing ausserhalb* ihres Einflussbereichs ist für sie *undenkbar*. Dank der neuen Regulierung Fatca (Foreign Account Tax Compliance Act) werden die USA künftig über eine lückenlose Kontrolle der Verbindung von Privatperson und Vermögenswerten verfügen, soweit US-Personen oder US-Wertschriften und -Konti betroffen sind. Die Tiefstzinspolitik der amerikanischen Notenbank Fed zwang die Hüter anderer Währungen, die Zinsen in analoger Weise zu senken. Dies ist ein Mechanismus, den der Leipziger Ökonom Gunther Schnabl in einem Blog beschrieben hat (www.wirtschaftlichefreiheit.de) und gemäss dem es für die Nicht-Dollar-Währungen offenbar keinen einfachen Weg zurück gibt. Dass die Zinsen im Dollarbereich bald wieder einmal ansteigen, hält der deutsche Volkswirtschaftler wegen den verheerenden Folgen, die das für die Finanzierung der Staatsschuld hätte, für extrem unwahrscheinlich.

Allem äusseren Schein zum Trotz erkennen wir jedoch Anzeichen, dass auch diese kartellistische Situation den natürlichen Gang jedes Kartells geht, das heisst, dass es angegriffen wird oder sich von innen her auflöst. So machten wir im letzten Jahr auf den wirtschafts- und geldpolitischen *Alleingang Japans* unter Premierminister Abe aufmerksam und zeigten auch die militärischen und machtpolitischen Ambitionen dieses

sehr eigenwilligen Politikers auf. Unsere Beobachtungen haben sich in der Zwischenzeit nicht nur bestätigt, sondern weisen auf eine sich noch akzentuierende Tendenz hin. Dies geht inzwischen soweit, dass die japanische Wirtschaft zu Abe auf Distanz geht, weil sie die Lasten seiner Politik nicht mehr zu tragen gewillt ist. Die Freude über das währungspolitische Strohfeuer ist verstummt, geblieben sind die hohen Erwartungen, die Abe in die Unternehmungen bezüglich Konjunkturstimulierung dank höherer Löhne für die Arbeitnehmer gesetzt hat. Auf der militärischen Seite haben sich die Nadelstiche zwischen China und Japan wieder etwas gelegt; bei Bedarf kann aber von beiden Seiten im Nu wieder ein Konflikt provoziert werden.

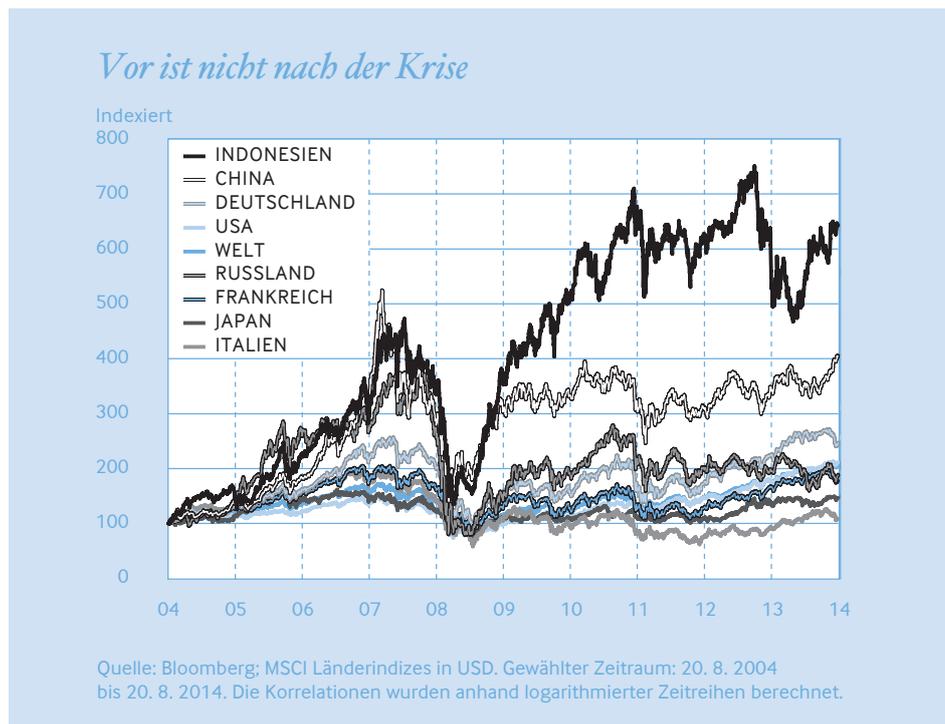
Derweil schreitet *China* mit der Etablierung seiner Macht als wichtigste Anrainernation im Pazifik schrittweise voran. Insbesondere hat China in Afrika Fuss gefasst; dass auf dem Schwarzen Kontinent die Interessen mit den USA bereits zusammengedrückt sind, beweist die Investitionsinitiative über 30 Mrd. US Dollar, welche das Weisse Haus vor Monatsfrist an einem Kongress in Washington ankündigte. 30 Milliarden – das ist vom Betrag her nicht alle Welt, vor allem wenn man an den Nachholbedarf Afrikas denkt. Der Vorteil der Chinesen liegt im Umstand, dass sie auf einer Unmenge von *US Dollar-Guthaben* sitzen und froh sind, wenn sie die ertragsarmen Papiere gegen *reale Aktiva* eintauschen können. Die überschuldete amerikanische Nation muss demgegenüber die Wirtschaft ermuntern und überzeugen, die risikoreichen Investitionen vorzunehmen. Was und in welcher Höhe am Ende dann wirklich investiert wird, steht in den Sternen. Für uns steht im Zusammenhang mit der Investitionsinitiative Chinas ausser Zweifel, dass das Reich der Mitte seine *Eigentumsansprüche in Afrika* über kurz oder lang mit einer erhöhten Marinepräsenz im Indischen Ozean und möglicherweise mit in Afrika stationierten Bodentruppen untermauern wird.

Auch im Mittleren Osten hat sich in der Zwischenzeit eine ernsthafte Infragestellung der militärischen Vorherrschaft der Amerikaner ergeben. Irak wird mehr und mehr zum Albtraum für fast alle: für die Perser, welche sich zu den stillen Duldern und Förderern des von den USA eingesetzten Maliki-Regimes mauserten und die nun vor einem Scherbenhaufen stehen, für die Türken, denen die bisherige Kurdenpolitik zu entgleiten droht, für die USA, die sich um die Früchte ihrer zwei Irakkriege betrogen sehen, für

die vielen nur halbwegs stabilen arabischen Regimes, denen das Isis-Kalifat zur lebensbedrohlichen Gefahr zu werden droht, für die Israeli, deren ohnehin komplexe Situation sich durch den neuen Mitspieler, namentlich was Syrien betrifft, noch zusätzlich verkompliziert. Anders gesagt: Von *Kontrolle*, wie man sie von einem Weltsystem, angeführt von einer Macht mit globalem Führungsanspruch, selbstverständlich erwartet, kann *keine Rede* mehr sein.

Aber wenden wir uns nun den Daten zu, welche die *Finanzmärkte* zur Verfügung stellen. Gewiss, die Finanzmärkte sind infolge tiefster Zinsen und dem «Quantitative Easing», das heisst der bedingungslosen Dauerintervention der Notenbanken an den Obligationenmärkten zugunsten tiefer Zinsen auch im langfristigen Bereich, verzerrt, sprich überstimuliert. Die Aktienmärkte vermitteln dank ihrer Nähe zu realen Gegebenheiten aber wohl nach wie vor zuverlässigere Signale, was die relative Einschätzung der Erwartungen für einzelne Ländermärkte, Sektoren oder auch einzelne Unternehmungen betrifft. Wenn unsere These des *Auseinanderdriftens* der Welt zutrifft, dann müssen sich zwingend *unterschiedliche Erwartungswerte* einstellen; die Korrelationen zwischen den einzelnen Ländern und Märkten müssen sich verringern. Um das Resultat gleich vorwegzunehmen: Dies trifft zu.

Zunächst in der nachstehenden Darstellung der grafische Verlauf wichtiger Aktienmärkte über die letzten zehn Jahre. Ein erstaunliches Bild! Unterschiedlicher könnte der Verlauf, immerhin happig «gestört» durch die Finanzmarktkrise von 2008/09, nicht ausgefallen sein. Die Werte von Indonesien haben sich über die letzten zehn Jahre versechsfacht, währenddem Italien wieder dort angelangt ist, wo es vor dieser Zeit einmal war, gefolgt von Japan, das bekanntlich seit



Wie flach ist die Welt?

1991 vor sich hindümpelt. Aber es ist auch ein *berühmtes Bild*, weil es zum einen aufzeigt, dass über längere Zeit gesehen nicht einmal Grossereignisse wie eine Welt-Finanzkrise den Aktien wirklich schaden können, und weil zum andern deutlich wird, wie lohnend eine breite Diversifikation ist. Der Weltaktienindex MSCI World in US Dollar legte im Zeitraum von zehn Jahren 108 Prozent hin. Pro Jahr gerechnet sind das 8 Prozent. Immerhin.

Wie verhält es sich mit den *Korrelationen*, das heisst, wie ähnlich ist der Verlauf von nationalen Aktienmärkten unterschiedlicher Länder über längere Zeit hinweg? Antwort: Im allgemeinen sind die Korrelationen relativ hoch, nämlich zwischen etwa 0.6 und 0.9, der Verlauf also recht ähnlich. Echte Ausnahmen bilden lediglich Brasilien und Italien. Legt man einen deutlich *kürzeren Zeithorizont* zugrunde, zum Beispiel das laufende Jahr, dann verringern sich die Korrelationen stark, das heisst sind deutlich *tiefer*. Das hat selbstverständlich statistische Gründe wegen der tieferen Zahl von Datenpunkten, was aber als Erklärung kaum hinreichend ist. Korrelationen können selbstverständlich auch zufällig hoch oder tief ausfallen. Mit Bezug auf den gewählten Datenkranz glauben wir indes nicht an Zufälligkeiten. So fällt zum Beispiel auf, dass in den Jahren nach Platzen der Technologieblase die Korrelationen besonders hoch waren, dies vermutlich aufgrund der ab 2001 folgenden konsequenten monetären Stimulierung des Geldsystems durch das Fed. Aus den Daten könnte somit gelesen werden, dass die Weltfinanzmärkte damals besonders integriert waren. Das sieht heute nun aber deutlich anders aus. Quantitative Easing (QE) scheint einen tieferen integrativen Effekt aufzuweisen als der Greenspan-Put von 2001 ff. Deshalb haben *spezifische reale Ereignisse* neuerdings die Chance, an den Finanzmärkten *abgebildet* zu werden. So fällt zum Beispiel auf, dass sowohl Russland als auch Deutschland (!) bezüglich der Korrelationsdaten gegenwärtig massiv aus der Reihe tanzen mit lediglich 0.2 beziehungsweise 0.3 gegenüber dem Weltaktienindex. Italien bleibt auch in diesem Jahr weit entfernt vom durchschnittlichen Verlauf der Weltbörsen; auffällig ist neuerdings die Nähe Frankreichs zu Italien, was die Korrelationen betrifft. Aktienpreise und mithin auch die Korrelationen zwischen ihnen widerspiegeln Erwartungen der Marktteilnehmer im Verhältnis zur Weltbörse respektive zum Verlauf anderer Ländermärkte, und insofern muss es zu denken geben, wenn die Einschätzung für Deutschland näher bei Russland liegt als bei den USA und jene für Frankreich «italienisch» wird.

Ohne zu behaupten, damit eine bis ins letzte ausgefeilte Korrelationsanalyse geliefert zu haben, wagen wir es, unsere *These des Auseinanderdriftens* der Welt mindestens zum heutigen Zeitpunkt als auch von den Finanzmärkten *bestätigt* zu betrachten. Aus den hergeleiteten theoretischen Gründen glauben wir, daraus eine Tendenz für die Entwicklung der Welt über die nächsten Jahre herleiten zu können. Im folgenden wird es nun darum gehen, die Konsequenzen intellektuell einzuordnen und zu bewerten.

Das Problem ist nämlich folgendes: Wer sagt, die Welt drifte auseinander, der akzeptiert implizit auch, dass es dauerhaft oder mindestens über längere Zeitabstände hinweg auf diesem Globus *Typen von Gesellschaftsordnungen* geben wird, die nur wenig miteinander gemeinsam haben. Vereinfacht gesagt: demokratisch-rechtsstaatlich fundierte und privatwirtschaftlich-kapitalistisch wirtschaftende Länder und Ländergruppen in den bisherigen westlichen Industriestaaten, allenfalls auch noch in bestimmten Schwellenländern wie Brasilien oder Indien. Sodann theokratisch-oligarchische Ordnungen im islamischen Raum und in Russland, schliesslich einen kollektivistisch organisierten und konfuzianisch denkenden Cluster im Einflussgebiet rund um China. Die Kombination von *Demokratie* und *Kapitalismus* hätte mit anderen Worten im Jahre 1989 *nicht obsiegt* und die weltumspannende Übernahme entsprechender Normen würde nicht das sozusagen deterministische Ziel der Weltgeschichte darstellen, wie der amerikanische Historiker Fukuyama damals glaubte. Vielmehr bliebe es beim Wettbewerb von Ordnungen mit all seinen Unwägbarkeiten und Schnittstellenproblemen (an denen, wenn man ehrlich wäre, die Welthandelsorganisation WTO ja bereits gescheitert ist).

Schwere Kost. Denn westliches Selbstverständnis würde damit grundlegend in Frage gestellt, die Idee des Universalismus ausgehebelt. An die Stelle des umfassenden globalen Führungsanspruchs müsste folglich ein *ausgleichendes System* im Sinne Metternichs oder Bismarcks treten. Die meisten Strategiepapiere von multinationalen Unternehmungen müssten neu geschrieben werden. Denn die Führung weltumspannender Konzerne über sich völlig verschieden bewegende *tektonische Platten* hinweg könnte sich bald einmal als Komplexitätsfalle erweisen. Auch die Funktion von typischen Schnittstellen-Providern wie der Schweiz, Hong Kongs oder Singapurs wäre von einer solchen neuen Sichtweise betroffen. Was wird es eher brauchen: Anlehnung oder Unabhängigkeit? Ja, selbst der agile kleine und mittlere Unternehmer, der in völlig selbstverständlicher Manier bestimmte Fertigungsprozesse ausgelagert hat, müsste über die Bücher gehen. Sollte er sich gelegentlich «Near-Shoring» überlegen? Denn er darf nicht damit rechnen, dass eine übergeordnete Welt-Metastruktur ihn einmal schützen wird, falls die tektonischen Platten dann und wann aufeinanderstossen. Schliesslich müsste der Anleger darüber nachdenken, wie es in den jeweiligen Regionen der Welt um den *Schutz* seines *Eigentums* steht. Ist ein US-basierter Indexfonds längerfristig wirklich das geeignete Vehikel, um ein China-Investment abzubilden? Oder gäbe es anders verankerte Strategien, welche die mit dem hoch wahrscheinlichen Zusammenstoss tektonischer Platten verbundenen Transferrisiken bei weitem besser bewältigen als In-

strumente, die über Nacht zu «Feindesgut» erklärt werden können?

Wir schwankten bei der Formulierung dieser Fragen zwischen Indikativ und Konjunktiv. Ökonomisches Effizienzstreben, immerhin eine der wesentlichsten Triebkräfte menschlicher Interaktion, würde für eine Welt sprechen, die «flat» (Thomas L. Friedman, 2005), flach ist, das heisst weitgehend ohne komplizierende Faktoren und Hindernisse auskommt. Vor fünfzehn Jahren glaubte man, am Anfang eines so gearteten Zeitalters zu stehen. Der Blick auf die realen Zustände legt nahe, dass es eine solche idealtypische Welt (nicht zu verwechseln mit einer «idealen» – denn vielleicht wäre Friedmans flat world todlangweilig!) gar nie geben wird, da kulturelle, religiöse und sozial bedingte Triebkräfte mindestens so wesentlich sind wie die ökonomischen Faktoren.

Interessanterweise kreuzten sich unsere Überlegungen kürzlich mit einem bemerkenswerten, weil unpräzise verfassten Aufsatz eines amerikanischen Politologen, auf welchen Martin Meyer in der NZZ (26. 7. 2014, S. 45) aufmerksam machte. Unter dem Titel «Our Illegible Age» (Unser unlesbares Zeitalter) beklagt der an der New Yorker Columbia University lehrende *Mark Lilla* die Sinnentleerung der westlichen Gesellschaften dies- und jenseits des Atlantiks nach dem Ende des Kalten Krieges. An die Stelle eines Kampfes für Freiheit und andere westliche, gesellschaftlich orientierte Werte sei ein stumpfer Individualismus getreten, der nichts mehr wolle als nur die Verwirklichung oberflächlicher privater Wünsche, dem aber ein übergeordneter Vektor fehle. Lilla schiebt diese Entwicklung dem aus seiner Sicht um sich greifenden «Libertarianism» beziehungsweise dem «Neoliberalismus» in die Schuhe, was in Bezug auf die Etikettierung selbstverständlich bestreitbar ist. Freiheit sei in diesem Verständnis schlicht Abwesenheit von Inhalt, nichts mehr. Den traditionell linken Kreisen wirft er Denkfaulheit vor, weil sie aufgehört hätten, an den grossen Gesellschaftsentwürfen weiterzuarbeiten. Lilla, und das ist der springende Punkt, kommt in einer ziemlich überraschenden Wendung gegen Ende seines Aufsatzes zum Schluss, dass infolge *Inhaltslosigkeit* der «libertären/neoliberalen» Gesellschaft die amerikanische Weltaussenpolitik des Exports von Demokratie und Kapitalismus gescheitert und mithin die *Bekehrung der Völker aufgelaufen* sei. Deshalb gelte es, eine neue Strategie zu entwerfen, einen Plan B, der anderen Gesellschaftsentwürfen, anderen Herrschaftsformen mit Toleranz und Respekt begegnet. Wenn schon, müssten sich jene Gesellschaften aus ihrem Inneren heraus reformieren und verbessern.

Wer an die Bedeutung zeitgeistlicher Strömungen glaubt – wir gehören in hohem Masse dazu –, dem werden solche Überlegungen unter die Haut gehen. Was der amerikanische Politologe versucht, ist so etwas wie ein geistiger Doppelsalto. Zunächst entlarvt er die gegenwärtig vorherrschende Lebensauffassung von Zügel- und Masslosigkeit als im eigentlichen Sinn des Wortes a-moralisch, relativiert dann aber seinerseits die seit der Aufklärung als unumstösslich geglaubten

universal geltenden Werte von Freiheit und Gleichheit, um ihnen schliesslich für seine eigene Gesellschaft wieder Geist einzuhauchen. Unter anderem führen solche Gedankengänge genau zu dem, was wir weiter oben als Bildung von «tektonischen Platten» bezeichnet haben, ja, Lilla etabliert eine Art *politphilosophischer Monroe-Doktrin*, die Einflusszonen abgrenzt und Nicht-einmischung zugesteht. Dies entspricht einem Rückzug auf das Eigene, Vertraute und möglicherweise, aber nicht zwingend Bessere, das durch ein Gegenüber laufend herausgefordert wird.

Zeitgeistliche Strömungen, so bedeutsam, ja entscheidend sie in der langen Frist sind, brauchen Zeit, um wirksam zu werden. Wir gehen nicht davon aus, dass die Ministerien in Washington so bald ihren Anspruch auf Universalität aufgeben werden. Aber wenn von zwei Seiten – die von Lilla so verfechten «Libertarians» verfechten bekanntlich eine ähnliche Haltung der aussenpolitischen Selbstbescheidung – vergleichbare Signale kommen, dann wird das seine Auswirkungen haben. Und wenn gleichzeitig die Entwicklungen auf der Welt, damit meinen wir den Aufstieg Chinas und die Nichtbeherrschbarkeit des muslimischen Gürtels, in dieselbe Richtung weisen, dann dürften sich bald einmal erste Anzeichen einer Trendwende einstellen. Vielleicht gehört die sichtbare Unsicherheit des amerikanischen Präsidenten Obama in aussenpolitischen Angelegenheiten bereits in diese Kategorie.

KAPITEL 5

Wer wird bestehen?

Wettbewerb der Systeme anstelle der Universalität westlicher Werte: Da stellt sich dann naheliegenderweise die Frage, inwieweit dieser Wettbewerb zu bewältigen sein wird. Chinesischer Staatskapitalismus versus westliche Maximierung des (gemäss Lilla) inhaltsarmen individuellen Nutzens – wird das gut gehen? *Gelenkte Wirtschaft* versus frei mäandrierende *Zufälligkeiten* – was spricht dagegen, dass nicht das weise Politbüro mit seinen Fünfjahresplänen obsiegen wird? Hinter vorgehaltener Hand wird bereits da und dort in westlichen Wirtschaftskreisen die bei weitem bessere Berechenbarkeit chinesischer Wirtschaftspolitik gelobt. Die «Weltwoche» (Nr. 34 vom 21. 8. 2014) präsentierte jüngst eine Galerie von «nicht ganz so üblen Diktatoren». Und man hört bereits Stimmen, die davon sprechen, dass dank den fast unendlich potent gewordenen Rechnern die Etablierung einer Planwirtschaft, wie sie zu sowjetischen Zeiten noch gescheitert war, in unmittelbarer Griffnähe gerückt sei. Die Modellierung künftiger Nachfragesituationen inklusive deren subtile propagandistische Steuerung und die daraus abgeleiteten Folgerungen für das Angebot und die Produktionsprozesse sei nur noch eine Frage der Zeit. Dafür wären dann die Chinesen bei weitem besser vorbereitet als der vergleichsweise chaotische Westen.

Wir vermögen der Argumentation etwas abzugewinnen, und zwar nicht, weil wir eine solche Neuaufgabe der Planwirtschaft, auch wenn sie auf noch so umfassender computergestützter Modellierung beruhte, als wünschbar betrachten, sondern weil wir befürchten, dass das westliche System sich infolge selbstverschuldeter Mängel in eine unterlegene Position hinein versetzt hat. Im Gegensatz zum Politologen Lilla glauben wir nämlich nicht, dass «Libertarianism/Neoliberalismus» und mithin im Ansatz freiheitliches Gedankengut je wirklich zum Durchbruch gelangt ist, sondern dass es sich vielmehr um einen Missbrauch, um eine Usurpation dieses Gedankenguts handelte. Dass also in eigentlich apolitischer Art die westlichen Gesellschaften nach 1989 in einem von links bis rechts mitvollzogenen Hype der *sozialökonomischen Entfesselung* förmlich explodierten, was individuelle und kollektive, kurzfristig ausgerichtete Nutzenmaximierung – zum grössten Teil auf Kosten Dritter bzw. der langen Frist – angeht. Seit der Finanzkrise von 2008/09 befindet sich der Westen nun aber stetig und deshalb in hohem Masse wirksam in Richtung von Unfreiheit, Überregulierung, Überschuldung und Kollektivierung. Die Vorzüge mäandrierender Zufälligkeiten einer freien Gesellschaft kommen gar nicht mehr wirksam zum Tragen.

Die von Lilla beobachtete Sinnentleerung ist unseres Erachtens nicht auf quasi unbeschränkte individuelle Entfaltungsmöglichkeiten zurückzuführen, sondern auf die fast panische *Konzentrierung* westlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die *Nachfrage* und den *Konsum*. Die Zurverfügungstellung von Geld und Kapital zum Nulltarif ist die vorläufig letzte Drehung dieser neokeynesianischen Schraube, mit der das Vieh zur Tränke gelockt werden soll. Derweil häufen sich Staatsschulden und finanziell einmal wirksam werdende Staatsversprechen zu so hohen Gebirgen auf, dass die Angst vor deren durch spätere Generationen notwendigen Abtragen kollektiv paralyisiert und echte Lebensfreude, echten Lebensmut, auch die Neigung für solidarisches Handeln hemmt («Sinn» in Lillas Diktion). Kafkaeske Gesetzes- und Ordnungslabyrinthe haben längst die wirtschaftliche Entfaltung im Westen zu einer Konzessionsangelegenheit verkommen lassen, verbunden mit einem immensen Machtzuwachs einer sich oligarchisch gebärdenden Beamtenschaft, der neuerdings oft auch noch die Möglichkeit zur rückwirkenden Veränderung der relevanten Bestimmungen und zur nachträglichen Kriminalisierung der Akteure in die Hand gegeben worden ist. Freiheit? Das wäre etwas Anderes. Infolge der Finanzkrise wurde das Bankensystem teilverstaatlicht; wenn der Bargeldverkehr unterbunden wird, was absehbar ist, dann wird das Geldsystem insgesamt teilverstaatlicht sein. Der Bürger wird über sein Bankkonto obrigkeitlich lenkbar werden, und sei es, dass man ihm Negativzinsen aufbrummt und ihn so an der Substanz besteuert beziehungsweise enteignet.

Freiheit? Mithin zur Illusion geworden. Demokratie? Seit über 40 Jahren weiss man dank den Erkenntnissen der Politökonomie um die *Asymmetrie* zwischen

Anspruchsgruppen mit spezifischen Anliegen und jener der Steuerzahler. Staatswachstum ist deshalb Demokratie-inhärent, am wenigsten nachgewiesenermassen in der direkten Demokratie, aber auch dort. Die Linke, aber eigentlich auch die dies- und jenseits des Atlantiks herrschende «Mitte» haben es in ihrer intellektuellen Denkfaulheit verpasst, ihrer – gegen die Prinzipien der Aufklärung verstossenden – Staatsgläubigkeit eine valable Alternative entgegenzusetzen und ihrerseits Grenzen des Staatswachstums zu definieren. Mahnende Stimmen von seiten der Ökonomie wurden und werden ebenso überhört wie die in die Marginalisierung gedrängten politischen Kräfte, denen Mass, Anstand und gesellschaftliche Kohäsion am Herzen liegen. Der unaufhaltsame Abstieg – nicht nur der deutschen! – FDP gehört in dieses traurige Kapitel. Man kann den westlichen «Eliten» den finanziell-ökonomischen und moralischen Vorwurf nicht ersparen, dass sie einen westlichen Gesellschaftsentwurf mitverantworten müssen, der auf die Länge so nicht mehr funktionieren kann und der mit Sicherheit die westliche Wirtschaft, und damit auch die westliche Kultur und Lebensauffassung, gegenüber den Entwürfen auf anderen tektonischen Platten der Erde benachteiligt.

KAPITEL 6

Nie zu Ende gedacht

Paradoxerweise – und hier nimmt der vorliegende Text eine ähnliche Wendung wie derjenige des Amerikaners Lilla – kann just aus dieser relativ trostlos erscheinenden Situation Hoffnung hergeleitet werden. Wir vermuten nämlich, dass das vermeintliche Ende der Geschichte nach 1989 und die vermeintlich unaufhaltsame Ausbreitung von Demokratie und Kapitalismus auf einem vermeintlich flach gewordenen Globus den Westen zu einer Denk- und Lebensweise verführt hat, die am ehesten unter den Stichwörtern «Überheblichkeit», «Übertreibung» und «Disziplinlosigkeit» einzuordnen wäre. Dazu gehören sowohl exzessive Managersaläre als auch kaum rückzahlbare Staatsdefizite, explodierende Notenbankbilanzen wie auch anmassende Datensammlungen durch Geheimdienste. So führt man sich auf, wenn man angeblich *nichts* zu befürchten hat.

Eine auseinanderdriftende Welt wäre in erster Linie eine *disziplinierende Welt*. Nicht nur um physische Ressourcen und um Kapital gäbe es einen Wettbewerb, sondern auch um intellektuelle Erkenntnis. Und insofern würde sich auch wieder Sinn einstellen, ja, vielleicht auch wieder ein gewisses Mass für Dinge, die man tut oder besser lässt. Dass Prominente Geld sammeln für die Bekämpfung der schrecklichen Krankheit ALS – das ist etwas Wunderbares. Dass sie es im Zeitalter von Facebook tun müssen, indem sie sich mit Kübeln voller Eiswasser übergiessen und sich dabei ablichten lassen – wie blöd ist der Mensch denn eigent-

lich? Ernsthaftigkeit, wo diese angebracht ist, das verstehen wir unter «Disziplin». Ein Mehr davon wäre ein Segen.

In einer auseinanderdriftenden Welt wäre es vermutlich auch nötig, den angeblich am Ende seiner Entwicklung angelangten Kapitalismus teilweise neu zu denken. Denn das von Lilla deutlich beklagte *Sinnvakuum* existiert gerade an den *Arbeitsplätzen* in besonderem Masse. Ein Gesellschaftsentwurf, der auf einer Wirtschaftsordnung beruht, in der sich die wesentlichsten Anspruchsgruppen leer und überflüssig wähnen, reihenweise «ausbrennen» und sich in Kliniken einliefern lassen müssen, hat wenig Aussicht auf nachhaltigen Erfolg gegenüber jenen Entwürfen auf anderen tektonischen Platten, wo gerade die Sinnstiftung besonderes Augenmerk geniesst. Zuhanden nicht nur der intellektuellen Linken, sondern eventuell auch der «Libertarians/Neoliberalen» sei ein Autor in Erinnerung gerufen, der sich anfangs der Zwanzigerjahre des letzten Jahrhunderts intensiv mit der Sinnfrage in einer – nach seiner Terminologie – sich «mechanisierenden» Gesellschaft auseinandersetzte: Walther Rathenau (1867–1922; ermordet). Als deutscher Jude wurde er trotz seiner geradezu patriotischen Haltung mit der damaligen Diskriminierung konfrontiert. Der Sohn des AEG-Gründers Emil Rathenau nahm im Elektrokonzern unternehmerische und in öffentlichen Ämtern auch politische Verantwortung wahr. Was ihn besonders auszeichnete, war seine Fähigkeit, Theorie und Praxis in seinen Schriften zusammenzuführen. Deshalb gehören bestimmte Aufsätze noch heute zum Grundbestand deutscher Management-Literatur.

Die bereits angesprochene «Mechanisierung» sämtlicher Lebensverhältnisse führt gemäss Walther Rathenau zu einer industriellen Massengesellschaft, die seelenlos ist und rein materialistisch funktioniert. Er sah einen möglichen Rettungsanker in der von den kapitalistischen Marktmechanismen losgelösten Unternehmung. Am ehesten entspricht wohl die bis heute in hohem Masse erfolgreiche Robert Bosch GmbH seiner Vorstellung. «Entfaltung, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung» sind für Rathenau das Rezept, im gesellschaftlichen Fortschritt eine neue kulturelle Stufe zu erreichen. Mag sein, dass sich aus Rathenaus Überlegungen und aus den Erkenntnissen der etwas moderneren Firmentheorie neue, mehr Sinn stiftende, mit deutlich weniger (teurer) Regulierung auskommende, auf Solidarität der Mitarbeiter fussende und dennoch effizient arbeitende Unternehmensmodelle entwickeln lassen.

Auseinanderdriftende Welt, verschiedene Gesellschaftsentwürfe, neue oder erneuerte Unternehmensmodelle – ist das nun nur schlecht oder bedrohlich? Bedrohlich gewiss, wenn im sicherheitspolitischen Bereich nicht bald die früher so gekonnt angewandte Kunst der Gleichgewichtsbildung zwischen Ebenbürtigen zum Tragen kommt. Darüber hinaus aber wird ein Umbruch ein erhöhtes Angebot an Möglichkeiten bewirken. Und wenn Kapital nach Überwindung der alles verzerrenden Geldpolitik wieder einmal knapp werden

wird, ist absehbar, dass daraus eine attraktive Wahlmöglichkeit resultiert – mit dem angetönten Disziplinierungseffekt bei jenen, die um Kapital nachsuchen. Auseinanderdriften der Welt ist gleichbedeutend mit der Aussicht, dass in Zukunft das Kapital (wieder) die Wahl hat. Die jüngst zu beobachtende Entkorrelierung verschiedener Länder-Aktienmärkte der Welt weist darauf hin: Die Wahl kann in hohem Masse relevant sein.

Die Welt ist nie zu Ende gedacht. Am wenigsten dann, wenn man meint, sie sei es. Diese Ära geht nun zu Ende. Die Zukunft gehört der Diversität und jenen, die sie akzeptieren und mit ihr umgehen können.

KH, 25. AUGUST 2014

M1 AG
Postfach 344, Museumstr.1
9004 St.Gallen – Schweiz
Telefon +41 (0) 71 242 16 16
Telefax +41 (0) 71 242 16 17
info@m1ag.ch

Abonnieren: www.bergsicht.ch